

**BERLIN AKTUELL**

**Newsletter von Patrick Schnieder MdB**

Ausgabe 279 – 7. Juli 2023

## **Intro**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause hatte es nochmal in sich. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Beratungen über das Heizungsgesetz vorerst zu stoppen, ist ein Desaster für die Regierung von Olaf Scholz. Ein ebenso einmaliger Vorgang in der Geschichte unserer parlamentarischen Demokratie ist die Blockade der Ampel bei der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Steueraffäre Scholz-Warburg. Auch hier wird das Bundesverfassungsgericht entscheiden müssen, ob der Umgang der Ampel mit der Opposition und ihren Minderheitenrechten nicht verfassungswidrig ist. Alle Infos zu diesen Themen finden Sie in dieser Newsletter-Ausgabe.

Nun steht die sitzungsfreie Zeit des Bundestages an. Ich freue mich auf die kommenden Wochen im Wahlkreis und auf viele spannende Begegnungen und Termine. Der Schwerpunkt meiner Sommertour liegt in diesem Jahr auf dem Thema Tourismus.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine schöne und erholsame Sommer- und Ferienzeit.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

## **Ampel verhindert Untersuchungsausschuss zum Warburg-Steuerskandal**

Die Ampel-Koalition hat im Deutschen Bundestag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Warburg-Steuerskandal verhindert. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir den Untersuchungsausschuss beantragt, um den Steuerskandal um die Hamburger Warburg-Bank und die Rolle des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz aufzuklären. In meiner Rede erkläre ich die Hintergründe:  
<https://www.youtube.com/watch?v=QUv4T1TAj6M>

Karlsruhe stoppt Heizungsgesetz

## **Ampel-Versagen mit Ansage**

Das durch die Ampel verursachte chaotische Gesetzgebungsverfahren zur Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) hat mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts seinen Höhepunkt erreicht. Karlsruhe hat dem Antrag meines Fraktionskollegen Thomas Heilmann stattgegeben und die ursprünglich für den heutigen Freitag vorgesehene 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs gestoppt. Dies ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Es ist eine Voll-Klatsche für die Ampel und ein Versagen der Regierung Scholz mit Ansage. Der Umgang der Ampel mit dem Parlament, aber insbesondere mit den Menschen, die von dem Gesetz betroffen sind, war in den vergangenen Monaten unsäglich. Es ist gut und spricht für unseren Rechtsstaat, das Karlsruhe dieses unwürdige Schauspiel vorerst beendet hat.

Die Ampel und insbesondere die Grünen haben nicht nur die gesellschaftliche Dimension des Heizungsgesetzes unterschätzt, sondern seit Monaten handwerklichen Pfusch betrieben. Das lange Hin und Her der Ampel mündete in einem eilig zusammengeschusterten Gesetzentwurf, der nach wie vor viele Fragen offenlässt. Dies bestätigten auch nahezu alle Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung im Bundestag. Ein Beispiel hierfür ist die kommunale Wärmeplanung. Die Ampel möchte die Kommunen mit dem GEG bereits heute verpflichten, bis Ende Juni 2026 bzw. für kleinere Kommunen bis Ende Juni 2028 eine Wärmeplanung vorzulegen. Bislang ist jedoch völlig unklar, wie die Ampel die kommunale Wärmeplanung – also die Heizinfrastruktur – konkret ausgestalten möchte. Denn der Gesetzentwurf zur Wärmeplanung soll erst im Herbst 2023 vorgestellt werden. Gleiches gilt für die Ausgestaltung der Förderkulisse für den Heizungsaustausch. Mit der Novelle des GEG wollte die Ampel somit den zweiten vor dem ersten Schritt gehen. Gerade bei einem Gesetzespaket dieser Dimension, welches nahezu jeden Menschen in Deutschland betrifft, sollte der Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ gelten. Der Staat hat die Verantwortung, die zweifelsfrei notwendige Wärmewende sozial verträglich zu gestalten. Die Ampel wird dieser Verantwortung in keiner Weise gerecht und erweist dem Klimaschutz mit ihrem chaotischen Vorgehen einen Bärendienst.

Ich hoffe, dass die Ampel den Warnschuss des Bundesverfassungsgerichts ernst nimmt, innehält und die Zeit nutzt, um den Entwurf des GEG gründlich zu überarbeiten und wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Ob dies angesichts des immensen Schadens, der in den vergangenen Monaten angerichtet wurde, überhaupt möglich ist, werden die weiteren Beratungen zeigen.

Deutschland in der Rezession

## **Jetzt Wachstum stärken und Preissteigerung wirksam bekämpfen**

Deutschland befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten beiden Quartalen zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 2023 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stark gestiegen. Die Konjunkturprognosen erwarten für das Jahr 2023 eine sinkende Wirtschaftsleistung. Und auch im internationalen Vergleich fällt Deutschland zurück. In allen vergleichbaren Staaten ist die wirtschaftliche Entwicklung – zum Teil deutlich – besser. Die OECD prognostiziert unter den großen Volkswirtschaften nur für Russland eine schwächere Entwicklung. Dies ist besorgniserregend. Deutschland verliert den Anschluss und ist auf dem Weg, wieder der

„kranke Mann Europas“ zu werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat hierzu in dieser Sitzungswoche eine Aktuelle Stunde beantragt und ihre Vorschläge vorgestellt, um die Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen in Deutschland zu verbessern. Wichtige Elemente dabei sind: wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, eine spürbare Entlastung der Mittelschicht, sichere und bezahlbare Energie, ein Belastungsmoratorium für Bürger und Unternehmen, ein seinen Namen verdienendes Bürokratieentlastungsgesetz sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Von der Ampel hört man hierzu wenig. Im Gegenteil: Ein beachtlicher Teil der Bundesregierung will „Wachstum“ gar nicht mehr, „Degrowth“ ist vor allem bei den Grünen eine vermeintlich erfolversprechende Maßnahme zum Klimaschutz. Wenn aber in Deutschland nicht mehr investiert wird und das Unternehmertum und Arbeitnehmer gleichermaßen unter hohen Abgaben, Steuern und Regelungswut leiden, dann wird Deutschland weder seinen Wohlstand erhalten noch die Klimaziele erreichen.

CDU und CSU haben im Gegensatz zur Ampel einen konkreten Plan, wie nun Wachstum geschaffen und Wohlstand erhalten werden kann.

Mehr zu den Vorschlägen der Union:

<https://assets.ctfassets.net/nwwn17ifahow/j4Ds29NxdI6z35hKNdRwO/d30d0b26a38af8c08a078851ca84cc82/UnsereAgendafuerDeutschland.pdf>

## Besuch aus Speicher

Ich habe mich sehr über den heutigen Besuch von Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe des Genossenschaftlichen Gymnasiums Speicher gefreut. Leider hatten wir aufgrund kurzfristig angesetzter Abstimmungen weniger Zeit als gedacht. Dafür konnte ich anhand der Stimmkarte das Abstimmungsverfahren im Bundestag anschaulich erklären. Danke für die vielen spannenden Fragen und den guten Austausch!

## Zerschossener ukrainischer Rettungswagen vor dem Bundestag

Am Mittwoch hatte ich Gelegenheit, einen von russischen Truppen zerschossenen ukrainischen Rettungswagen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin zu besichtigen.

Der Rettungswagen gehörte dem Zentralkrankenhaus in Dergatschew und wurde zu Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 zur Evakuierung von Zivilisten im Großraum Charkiw eingesetzt. Der Rettungswagen wurde trotz der „Grünen Korridore“ gezielt von russischen Soldaten beschossen. Der Fahrer des Wagens wurde bei dem Angriff schwer verletzt. Ein Insasse starb. Da das Fahrzeug mit Einschusslöchern und Granatsplittern übersät ist, konnte es nach dem Angriff nicht weiter genutzt werden. Der Rettungswagen war der einzige in der Region mit

Allradantrieb und mit dem auch entlegene Dörfer erreicht werden konnten. Durch die Zerstörung waren unzählige Zivilisten schlagartig von der medizinischen Notfallversorgung abgeschnitten.

Die Einschusslöcher und Granatsplitter zeigen die Brutalität, mit der die russischen Truppen vorgehen. Der Rettungswagen erinnert an die ukrainischen Opfer des Krieges und die Kriegsgefangenen, die in Russland unter schrecklichen Zuständen inhaftiert sind. Die Aktion zeigt, dass Deutschland in seiner Unterstützung für die Ukraine nicht nachlassen darf.

Organisiert wurde die Ausstellung des Rettungswagens in Berlin von einer Gruppe Ukraine-Unterstützern zusammen mit dem Verein „Fellas for Europe e.V.“.

## Besuch aus Peru

Am Dienstag konnte ich eine Delegation von Kongressabgeordneten aus Peru im Deutschen Bundestag empfangen. Im Gespräch mit der Gruppe habe ich die Arbeits- und Funktionsweise des Bundestags erläutert. Die Delegation besucht Berlin auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## Die Woche im Wahlkreis

Die letzte Wahlkreiswoche startete mit einem spannenden Besuch in der Katholischen Bildungsstätte in Bitburg anlässlich des „Tags der kleinen Forscher“. Der Tag der kleinen Forscher ist ein bundesweiter Mitmachtag und soll für die MINT-Fächer begeistern. Dieses Jahr stand der Aktionstag unter dem Motto „Reise ins Weltall“. In Bitburg veranschaulichte der Chemiker Stefan Moll das Weltall mit mehreren spannenden Experimenten.

Bei der Vollversammlung der Handwerkskammer Trier durfte ich als (ehrenamtliches) Mitglied des Vorstandes und Mitglied der Vollversammlung aus Berlin berichten. Themen: Heizungsgesetz, Fachkräftemangel, regionale Infrastrukturprojekte (Lückenschluss A1, Eisenbahnstrecke Trier-Köln - „Eifelstrecke“).

Letzten Freitag habe ich den Tag der offenen Tür des Heizungs- und Sanitärunternehmens Weinand in Bleialf besucht. Das Unternehmen feierte sein 40-jähriges Bestehen. Als regionaler Heizungsbauer ist die Firma Weinand ein Motor für die Wärmewende in der Eifel. Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und weiterhin alles Gute für die anstehenden Aufgaben in den nächsten Jahren!

Unter dem Motto Wein, Folklore, Genuss feierte Kröv in der vergangenen Woche sein großes Weinfest „HEIMATFIEBER“. Nach der offiziellen Eröffnung wurde die neue Mosella Franziska gekrönt.

Impressum gem. § 5 TMG :  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 71884  
E-Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)